

100 Millionen für Kinderbetreuung

Für Kinderbetreuung zahlen Schweizer Eltern deutlich mehr als Väter und Mütter in Nachbarländern. Nun will der Bundesrat die Betreuungsplätze mit einer Anschubfinanzierung verbilligen. Die SVP kündigt Widerstand an.

BERNHARD KISLIG

BERN Mehr zu arbeiten, lohnt sich für manche Eltern nicht. Denn die zusätzlichen Kosten für Krippe und Steuern übersteigen den zusätzlichen Lohn. Andere Väter und Mütter können sich die externe Betreuung schlicht nicht leisten. Tatsächlich ist sie in der Schweiz deutlich teurer als in anderen europäischen Ländern. Jetzt will der Bundesrat Gegensteuer geben und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dafür möchte er während fünf Jahren 100 Millionen Franken investieren.

Allfällige Beiträge an die Kantone sind als Anschubfinanzierung zu verstehen. Beschliesst beispielsweise ein Kanton, die externe Kinderbetreuung mit zusätzlichen fünf Millionen Franken pro Jahr zu unterstützen, übernimmt der Bund im ersten Jahr 65 Prozent der Kosten, im zweiten 35, im dritten noch 10 Prozent und danach nichts mehr. Verpflicht-



Externe Kinderbetreuung soll für Eltern billiger werden.

Bild Keystone

tet ein Kanton oder eine Gemeinde die Arbeitgeber, einen Beitrag an die Verbilligung von Betreuungsangeboten zu leisten, wird dieser ebenfalls angerechnet. Die Unterstützung durch den Bund gibt es nur, wenn die Subvention für sechs Jahre gesichert ist.

Zahlen belegen, dass Nachholbedarf besteht. Aufgrund eines Vorstosses von CVP-Na-

tionalrätin Christine Bulliard (FR) liess der Bundesrat einige Stichproben erheben. Das Resultat: Die Betriebskosten der externen Kinderbetreuung unterscheiden sich im Vergleich mit anderen Ländern zwar nicht wesentlich. Eine grosse Differenz gibt es aber beim Anteil, den die öffentliche Hand übernimmt. Während in Zürich die Eltern 66 Prozent der Betriebskosten finanzieren,

sind es in Salzburg (A) nur 24 Prozent, in Frankfurt (D) 14 und in Lyon (F) 16 Prozent. Waadt ist ein vergleichsweise grosszügiger Kanton: Unter anderem dank Arbeitgeberbeiträgen tragen Eltern hier durchschnittlich 38 Prozent der Betriebskosten.

Geld für Innovationen

Neben der Anschubfinanzierung will der Bundesrat einen Teil des Geldes für die Förderung innovativer Projekte einsetzen. Ein Beispiel: In einem Tal schliessen sich Gemeinden zusammen und erarbeiten gemeinsam eine fortschrittliche Betreuung. Auch direkt in eine Schule integrierte Projekte oder Angebote für Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten können auf Unterstützung hoffen. Für Konzepte und Evaluation solcher Vorhaben sollen rund 15 der 100 Millionen Franken zur Verfügung stehen.

Der Bundesrat hat gestern die Gesetzesbotschaft zuhanden des Parlaments verab-

schiedet. In der Vernehmlassung sei die Vorlage «positiv aufgenommen worden», teilte das Innendepartement gestern mit. Der Bundesrat habe deshalb an der Vorlage nur geringfügige Änderungen vorgenommen.

FDP und SVP lehnen die Vorlage ab. Das bedeutet, dass das Geschäft zumindest im Nationalrat, wo FDP und SVP gemeinsam über eine absolute Mehrheit verfügen, einen schweren Stand haben dürfte. Die SVP reagierte gestern umgehend mit scharfer Kritik, nachdem Bundesrat Alain Berset die Botschaft vorgestellt hatte. Aufgrund «tieferer Zahlen beim Budget 2017» hält sie es für verfehlt, nun noch zusätzliche 100 Millionen Franken in die Kinderbetreuung zu investieren. Mit der finanzpolitischen Argumentation könnte sie neben den Freisinnigen auch noch weitere bürgerliche Parlamentarier überzeugen. CVP und SP unterstützen Berts Pläne.